

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Ausgabe A und B

Mittwoch, den 16. Nov. 1932

Verlagssitz: Dresden

Ausgegabebreite: Die Spaltenbreite 30, d. Ausmaß
anzeige u. Zeilenlänge 20, d. Zeilenbreite 20 mm,
breit 1, d. Breite zu innerhalb des Verbreitungsgebietes 40 d. die Zeitungslänge 1,30 m. Preis je 10,- Pf. Einzelne
höhere Gewalt erfordert eine Bezahlung auf Lieferung sowie
Zuführung d. Ausgaben - Postlehen u. Ziffern d. Schubersatz
Geschäftliches Zeit: G. Winkel, Dresden.

Redaktionelle, Text und Verlag: Germania
Gesellschaft und Verlag Dresden-N. 1, Postlehr. 11,
Zentrum 21922, Postdirektion Dresden 1022, Bank
Postamt Stadtbank Dresden Nr. 96761.

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung
Dresden-N. 1, Postlehr. 11, Zentrum 20718
und 21922.

Kaas und Schäffer bei Papen

Gegen Experimente mit der Verfassung — Für Not- und Mehrheilsgemeinschaft im Reichstag

Für ruhige, gesetzliche Entwicklung

eh. Berlin, 15. November. (E. M.)

Der Plan für die weiteren Empfänge der Parteiführer steht noch nicht endgültig fest.

Am Dienstag ist die Unterredung mit den Älteren des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, Prälat Kaas und Dr. Schäffer vorgesehen.

Nach Mitteilung aus sozialdemokratischen Kreisen sollen am Mittwoch abend die Führer der SPD, Breitscheid und Wels empfangen werden. Am Donnerstag überreden in politischen Kreisen der Hauptstadt die Ansicht, daß irgendeine weittragenden Entscheidungen in dieser Woche nicht zu erwarten sind, zumal ja auch der Reichskanzler die zweite Hälfte der Woche in Südwürttemberg abzuhalten wird.

Prälat Kaas dürfte seine Unterredung mit Herrn v. Papen benötigen, um möglichst dringend vor Experimenten mit der Verfassung zu warnen. Die Älteren des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei dürften in dieser Unterredung den Wunsch aussprechen, daß der Kanzler den Weg für die Bildung einer Not- und Mehrheilsgemeinschaft im Reichstag freimache.

Ob allerdings Herr v. Papen geneigt sein wird, solche Maßnahmen zu akzeptieren, darf doch als recht zweifelhaft bezeichnet werden. Schon die Art, wie die Parteiführer-Empfänge erlebt werden — angenehm vertreten zwischen Staatsbeamten in Dresden, Stuttgart, Karlsruhe und Darmstadt — lädt erkennen, daß der Kanzler diesen Empfängen keine überwältigende Bedeutung beimischt.

Der Standpunkt der Bayerischen Volkspartei

eh. München, 15. November. (E. M.) Unter dem Vorbehalt des Parteivorsitzenden Schäffer fand Montag nachmittag eine Sitzung der Landesparteileitung der Bayerischen Volkspartei statt, über deren Ergebnis eine Verlautbarung ausgegeben wurde, die u. a. besagt:

Die Bayerische Volkspartei wird alles daran sehen, um eine ruhige und gesetzliche Entwicklung in Deutschland zu fördern.

ein Zusammenarbeiten zwischen Reichsregierung und Reichstag zu erleichtern und alle parteipolitischen Schwierigkeiten um des Vaterlandes willen zu überwinden. Die Versuche, wonach die Verhandlungen nur zum Schein geführt würden, und die Reichstagsauflösung noch vor Zusammentritt des Reichstags und ohne dessen Abstimmung abzumachen, beschlossene Sache sei, wurden dabei ebenfalls geprägt. Es kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß, wenn hinter diesen Absichten ernst zunehmender politischer Persönlichkeiten stehen, die Bayerische Volkspartei einer soliden Politik mit allen Mitteln entgegenarbeiten und unentwegt die Zusammenfassung aller gutgläubigen Kräfte im deutschen Volke anstreben muß.

Bleibt die NSDAP unbefriedigbar?

eh. München, 15. November. (E. M.) Gregor Strasser fordert heute aufs neue in einem Artikel in der nationalsozialistischen Parteihäupterkommission die Einschaltung der „aufrorbernden, starken, aufbauwilligen, opferbereiten, energieladenen Kräfte des Nationalsozialismus in die Staatsführung“ — „und zwar“, so schreibt er, „zum ohne Widerspruch, ungezerrt und uneingeschränkt, garantiert allein durch den Entschluß des Schäfers und Führers der Bewegung“ — Wir möchten glauben, daß dieser Artikel Strassers eher geschriften worden ist, um eine günstige Verhandlungsposition für die NSDAP zu eröffnen, als daß Hitler im Ernst davon denkt, seinen Totalitätsanspruch aufrecht zu erhalten und damit die Herrschaft der jetzt regierenden Kreise zu bestätigen.

Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin

eh. Berlin, 15. November. (E. M.) Reichskanzler v. Papen, der gestern abend von Dresden nach Halle abgereist und von dort im Kraftwagen weitergefahren ist, ist Dienstag mittag wieder in Berlin eingetroffen.

Enttäuschung über Herriots Plan

Der neue französische Plan für die Abrüstung ist praktisch undurchführbar

Das neue französische Abrüstungsmemorandum, das sogenannte „Konstruktiv-Plan“ ist am Montag abend in Genf dem Präsidium der Abrüstungskonferenz überreicht worden. Der Plan sieht einen ziemlich komplizierten Mechanismus vor, durch den die Heere der vertragshaltenden Teile allmählich auf den einheitlichen Typus eines nationalen Militärs mit kurzfristiger Dienstzeit und beschränktem Effektiv-Verstand gebracht werden sollen. Der Plan, dessen Einzelheiten wir an anderer Stelle wiedergeben, hat in London und Berlin starke Beachtung gefunden.

Berlin, 15. November.

Die führenden Blätter stellen sich dem französischen Plan im allgemeinen ablehnend gegenüber. Die „Germania“ sieht fest, daß der Plan sich nicht durch die großzügige Klarheit, wie derjenige Hoover's, anscheinde.

Deutschland werde nicht das einzige Land sein, das den französischen Plan für undurchführbar erklären werde.

Die „D. A. Z.“ hält es für völlig unmöglich, daß Deutschland sich mit Formulierungen zufrieden gebe, die kein juristisches Amt auf Gleichberechtigung weiter bestreiten. — Der „Tag“ spricht von „Herriots Sabotageplan“ und der Ergriffung der „Generaloffensive“ gegen Abrüstung und Gleichberechtigung.

Die „Woss. A. Z.“ bezeichnet es als das Gefahrcharakteristiken neben der Verquickung von Problemen, die auf verschieden Ebenen liegen, die mangelnde Durchsichtigkeit des Wortlauts. Der Plan sei viel zu klausuriert, als daß ein oft entlastendes Volk daraus sofort Hoffnung schöpfen könnte.

wib. London, 15. November.

Der französische Abrüstungs- und Sicherheitsplan wird von der Presse als wertvoller Beitrag zum Abrüstungsproblem und als geeigneter Ausgangspunkt für Besprechungen betrachtet. Es wird aber auch erklärt, daß es sich nicht um Vorschläge handelt, die in Pauschal und Bozen angenommen oder abgelehnt werden müßten.

„Morningpost“ bemerkt, der Plan ordne alle anderen Erwägungen dem Gedanken unter, die Gefährdung der Sicherheit auf dem europäischen Kontinent zu beseitigen.

Warnung vor dem Rubikon

(Von unserer Berliner Schriftleitung)

W. G. Der Rubikon ist ein sagenhafter Fluß Norditaliens, vor dessen Ufern Caesar auf seinem Zuge nach Rom sich für den Staatsstreich entschieden haben soll. Indem er ihn mit seinen Truppen überquerte, hörte die Legalität auf und begann der Bürgerkrieg. Die historische Erinnerung, die sich an diesen Fluß knüpft, ist rund 2000 Jahre alt, und der Gebrauch seines Namens ist gerade heute wieder bei allen denen beliebt, die sich — wir meinen die Deutschnationalen — über die Verfassung und über manches andere mit fester Gewalt hinwegsetzen möchten. Es liegt nämlich besser, zu sagen, man müsse über den Rubikon gehen, als das deutsche Wort „Staatsstreich“ oder das deutliche Wort „Revolution“ zu gebrauchen. Das Volk ist, so meint man dort, sehr dummkopf und stellt sich unter dem Gang über den Rubikon vielleicht einen politischen Ausflug in die anmutigen Gefilde jener berühmten Zeiten vor, denen wir bekanntlich auch vor dem Kriege immer wieder entgegengesetzt worden sind und die wir dann allerdings in den Ultimat um unserer Kriegsgegner und in der ganzen, unverhört Röt eines furchtbaren Nachkriegsjahrzehnts bis zur letzten Seite auslösen durften). In der „Deutschen Zeitung“ die eine bildreiche Sprache liebt, und auch in anderen deutschnationalen Blättern war deshalb während der letzten Wochen wiederholt mit aufmunternden Worten das von der Rede, daß unsere Leute, von autoritären Gefühlen überwältigte Reichsregierung nicht etwa stehenbleiben dürfe, sondern den Rubikon auch wirklich überqueren müsse. Warum sollte sie auch nicht! Sie hat zwar mit den Deutschnationalen nur knapp zehn Prozent des Volkes hinter sich, aber sie heißt immerhin mit der Reichsregierung hundert Prozent der bewaffneten Macht, und das wäre doch wohl ausreichend, um eine militärische Expedition über die Grenze der Legalität zu unternehmen und den „inneren Feind“, nämlich das Volk und seine Verfassung, zu überwerfen. So ungefähr haben sich die deutschnationalen Theoretiker des Verfassungsbruches, die ungeduldig darauf warteten, ihn auch praktizieren zu dürfen, die weitere Entwicklung der deutschen Politik vorgestellt. Die Reichsregierung sollte, das haben sie ihr Tag für Tag einzureden gehabt, von ihren autoritären Methoden zur offenen, verfassungswidrigen Diktatur übergehen. Sie sollte „aufs Ganze gehen“, und diese Forderung ist nach der deutschnationalen Mentalität so zu verstehen, daß das ganze Volk zugunsten einer mehr durch Gewalt als durch willkürliche Verzüge ausgesetzten kleinen Schicht enttreten wird.

Der neue Kurs hat gegenüber diesen bald offen, bald verschleierte Anregungen der deutschnationalen Regierungspresse immer wieder eine merkwürdige Zulassung bewiesen. Er hat zwar einzelne Zeitungen, die keine Antifaschistin sind am schmalen Rande der Verfassung gelegentlich als Bruch der Verfassung hinstellten, mit einem Verbote belegt, sich aber gegen die fast täglich geübte deutschnationale Unterstellung, als ob die Reichsregierung zu einem Verfassungsbruch befähigt und bereit sei, in keiner Weise zur Wehr gezeigt. Diese Tatsache ist nicht zuletzt daran schuld, daß nun, da die Reichsregierung nach einer erneuten Abstimmung des ganzen Wahlmündigen Volkes einen ungewöhnlich hohen Selbstbehauptungswillen zeigt, hinsichtlich der Legalität unserer weiteren politischen Entwicklung eine neue, ich erste Beurteilung entstanden ist. Die Beurteilungen werden leider durch die gegenwärtige Taktik der Reichsregierung noch verschärft. Niemand in Deutschland steht in den Verhandlungen um eine mögliche nationale Konzentration einen militärisch ernsthaften Verlust, das Volk und seine Staatsführung wieder miteinander zu verhindern. Wenn die Reichsregierung dem nationalsozialistischen Äußeren Hitler seine angebliche Forderung „alles oder nichts“ mit Recht als unmöglich und verblich vorweist, so müssen wir allerdings betonen, daß ihre eigene, im Verlebt mit dem Volke bestehende These „Vogelfrei oder stirb“ womöglich noch aufreizender und verhängnisvoller ist. Diese Alternative, auf die sich die Reichsregierung in Ihren

Mittwoch, 16. November, ist staatlicher Feiertag. Die nächste Nummer der S. A. gelangt daher am Donnerstagabend zur Ausgabe.